

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Druckpreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Befreiung monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Streifenband 4,20 M. Die "Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Druckerei: Amt Norden 2885 und 2886.

Inserate sollen die angegebene Anzahl Zeilen oder deren Raum 100 M., Wortanzeigen das letzte Mal 50 P., je nach weiterer Wert 25 P. Gewerbetreibende 20 Proz. Familien- und Veranlassungsgewinne 100 P. der Zählung wert. Insetts für den Sonntag folgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition angesetzt sein. Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Druckerei: Amt Norden 2885

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Sozialistische Friedensstundengebungen.

Die Internationale rührt sich.

Französische Solidaritätserklärung.

Versailles, 24. Mai.

Marcel Cachin erklärt in der "Humanité", nur die Unabhängigen hätten während des Krieges in Deutschland eine ehrbare und mutige Haltung eingenommen, nur sie seien heute bereit, ihre Stimme zu erheben und zu sagen. Sie hätten recht, wenn sie den Proletariern der Westländer das Versprechen schenken, daß diese dahin wirken würden, daß aus dem Friedensvertrag alle Abmachungen verschwinden, welche einem gerechten demokratischen Frieden widersprechen. Wir wissen, schreibt Cachin, daß das Werk des Vierzerns im voraus verurteilt ist, weil es durch die Brutalität des Imperialismus und durch reaktionäre Gesinnung von Grund auf verfauscht ist. Das französische Proletariat wird keine Ruhe geben, bis es nicht einen unabhängigen Dauerfrieden durchgesetzt hat. Deutschland muß die Sachschäden zahlen, unser Land muß möglichst schnell wieder ausleben können. Beide Bedingungen werden uns um so sicherer verbürgt sein, als der Vertrag von sozialistischen Gedanken eingedrungen und alles Imperialismus und Chauvinismus entkleidet sein wird. Die Unabhängigen Deutschlands wollen unterzeichnen, unsere Völker haben die Aufgabe, dahin zu wirken, daß die Hoffnungen der Unabhängigen Deutschlands nicht enttäuscht werden.

Versailles, 24. Mai.

Marcel Sembat, der in den letzten Tagen mit einer scharfen Kritik des Friedensvertragsentwurfs nicht zurückgeblieben ist, stellt heute in "Le Peuple" die These auf, daß Deutschland den Vertrag unterzeichnen müßte. Nach dem Friedensvertrag würden die Völker eine Verbesserung der Friedensbedingungen durchsetzen. Sembat meint, daß weder in Frankreich noch in Deutschland die Völker den Krieg wieder anfangen wollten. Diejenigen, welche zu glauben beginnen, daß die französischen Soldaten vor Luftbomben in Berlin eingedrungen, könnten wieder andere noch sich selbst täuschen. Die französischen Soldaten erwarten ungeduldig die Unterzeichnung des Friedens und die Demobilisierung. Wenn die französische Regierung verkündet, genug wäre, diese Wahrheit zu verkennen, welche sie sich gemeinsamen Überlegungen ausgeben. Die deutschen Delegierten suchen natürlich zu verhandeln. Es ist möglich, daß die Militärs die Stupiderität begehen, die Unterzeichnung zu verweigern, aber auch solche Weigerung dürfte man nicht trübselig wünschen, denn wenn Unterhandlungen nicht vor der Unterzeichnung stattfänden, würden sie sofort nach der Unterzeichnung abbrechen. Der Vertrag würde von Fehlern, welche für die Entente ebenso nachteilig seien wie für die Deutschen, und welche man berichtigen müsse. Es sei ein Fehler und eine Gefahr, Preußen durch die Danziger Enklave entgegenzusetzen; denn sobald verurteilt man Deutschland, eine Revolution vorzubereiten. Es sei ein Verstum und eine Gefahr, eine tolle, übertriebene Gesellschaft der Nationen zu haben, statt sofort einen neuen internationalen Organismus zu schaffen, welcher allein die allgemeine Abklärung sicherstellen kann. Es sei ein Verstum und eine Gefahr, gleichzeitig den Rhein Deutschlands und Frankreich vorzubereiten. Es sei doch nicht ernsthaft gemeint, daß man einem arbeitssamen Volke vorsetze, finanzielle Verpflichtungen zu unterzeichnen, deren Güte nicht feststeht. Der Vertrag sei kein Friedensvertrag, sondern eine letzte Kriegshandlung. Die Deutschen sollten ihn unverzüglich unterschreiben, da er den Krieg beendet. Sofort nachher würden vernünftige Leute sich aus dem Vertrag lösen. Die hartnäckig verriegelten Augen würden sich den Tauschen öffnen, und anstelle dieses für alle gefährlichen Vertrages würde man einen Vertrag gerechter und praktischer Abmachungen leben, welche Europas Wohlfahrt sicherstellen könnten.

Englische Proteste.

Amsterdam, 23. Mai.

"Labour Leader" schreibt, kein Volk würde einen solchen Vertrag anders annehmen können als in der Absicht, ihn nur bis zu dem Tage abzuschließen, wo es ihn gewaltsam vernichten

kann. Wenn diese Bedingungen tatsächlich durchgesetzt würden, so könnten sie nur durch militärische und wirtschaftliche Gewalt gehandhabt werden. Die Zukunft werde beweisen, daß die Militärs ihren militärischen Sieg durch die Friedensbedingungen, die sie auferlegten, zu einer vollständigen Niederlage gemacht haben.

Italienische Kundgebungen.

In Mailand fand, laut einem Drahtbericht des "A. L.", eine mächtige Protestversammlung gegen den Gewaltfrieden statt. Der sozialistische Abgeordnete Treves rief in seiner Rede aus, das Gewissen der ganzen Welt lehne sich gegen den Vertrag auf. Der Direktor des "Avanti", Serrati, brandmarkte es, daß gerade die demokratischen Nationen sich im Völkerratsamt meißeln herbeiholen. Aber ein einstimmiger internationaler Generalstreik würde genügen, die Regierungen zu einem gerechten Frieden zu zwingen. Endlich erklärte der Abgeordnete Turati, dieser infame Frieden, dieser die Menschheit schändende Judaspaß dürfe nicht bestehen bleiben; die Völker würden sorgen, daß der Versailler Vertrag nicht revidiert, sondern zerrissen würde. (Ungewöhnlicher Beifall.) Dieser Vertrag lege den Grundstein zu einem neuen baldigen Kriege. Um diesen zu vermeiden, müsse sich die Internationale geschlossen gegen diese Bedingungen erheben. Solche Vergewaltigung und Verflachung des deutschen Volkes dürfe sie nicht zulassen. Trotz des Demonstrationenverbots und des strengen Überwachungsdienstes bildete sich nach der Versammlung ein kleiner Umzug, der unter Führung der Internationale die Hauptstraße der Stadt durchzog. Ernst Brücknerjalle ereigneten sich nicht.

Schwedischer Kampfaufruf.

Eigener Drahtbericht der "Freiheit".

Stockholm, 24. Mai.

Die sozialdemokratische Linke und der sozialdemokratische Jugendbund veröffentlichten einen Aufruf an die Arbeiter aller Länder, in dem sie zum Kampf gegen den Imperialismus, für die Weltrevolution aufgefordert werden.

Offizielle Brunnenvergiftung.

Wolffs Bureau sucht in seinen Berichten aus Versailles Stimmung gegen die Unabhängige Sozialdemokratie zu machen, indem es sie in schäblich verhüllter Form als Helfershelferin der Entente hinstellt. So heißt es in seiner gestrigen Meldung über die Haltung der Pariser Presse:

Auffallend ist heute wiederum das Bestreben der Presse, die Stellungnahme der Unabhängigen Sozialisten in Deutschland zum Friedensvertrag herauszufecheln. Die Neuheiten der Presse erinnern in gewisser Weise an die Kampagne, welche die ganze Ententepresse in den Kriegsjahren führte und in der sie immer wieder erklärte, wenn Deutschland Revolution gemacht werde, dann würde man mit dem deutschen Volke über den Frieden reden können. Jetzt erklärt die Presse, daß allein die Unabhängigen Sozialisten Deutschlands eine vernünftige Sprache führten. Wie damals die Entente gewünscht hatte, durch eine deutsche Revolution die Kraft der deutschen Armeen zu brechen, so wünscht sie wohl auch heute nur, daß der Frieden infolge Zunahme der unabhängigen Strömung in Deutschland unterzeichnet werde.

Eine derartige tendenziöse Berichterstattung des Wolffschen Bureau ist, gelinde gesagt, eine Unverschämtheit. Das Bureau hat die Pflicht, objektives Tatsachenmaterial zu liefern und sich jeder eigenen tendenziösen Stellungnahme zu enthalten. Wir verbitten uns ganz entschieden eine derartige Brunnenvergiftung.

Milderung der Blockade.

London, 24. Mai. (Neuter.)

Auf Grund der jüngsten Milderungen der Blockadebestimmungen ist jetzt beschlossen worden, Firmen in Großbritannien zu ermächtigen, innerhalb der monatlichen Ration, die Deutschland nach dem Brüsseler Abkommen ausstehen worden ist, durch neutrale und alliierte Länder Lebensmittel nach Deutschland auszuführen.

Der Zerfall einer Partei.

Eine tiefe Unzufriedenheit geht durch die Reihen der Arbeiter, die noch zur rechtssozialistischen Partei gehören. Sie kommt in den Versammlungen, in der Presse, bei den Arbeiterräten, bei öffentlichen Wahlen deutlich zum Ausdruck. Nicht allein, daß die Rechtssozialisten einen großen Teil solcher Wähler verloren haben, die man nur als Mitläufer bezeichnen konnte, auch unter den eingeschriebenen Parteimitgliedern ist ein bedenklicher Zustand der Verwirrung, der Desorganisation eingetreten.

Um einen Fall aus vielen herauszugreifen, so ist es vor einigen Tagen in Breslau in der Generalversammlung des Vereins der Rechtssozialisten, die äußerst schwach besucht war, zu recht bezeichnenden Auseinandersetzungen gekommen. Der Vereinskassierer mußte mitteilen, daß in letzter Zeit sehr viel Mitglieder der Partei den Rücken gelassen hätten, im vorigen Monat allein seien 400 Austritte zu verzeichnen gewesen. Es sei mit der starken Ausbreitung der Unabhängigen zu rechnen und es wäre verheißungsvoll, vor diesen Erscheinungen den Kopf in den Sand zu stecken. Überall zeige es sich deutlich, daß der Zug der Massen nach links gehe und dem müsse die Organisation Rechnung tragen. In der Ansprache äußerten eine ganze Anzahl von Rednern ihre Unzufriedenheit mit der Politik der örtlichen Parteiführung ebenso wie mit der Politik der Gesamtpartei und ihrer Parteigenossen in der Regierung. Es wurde an allem Möglichen Kritik geübt: an der Kriegspolitik, an der Kompromißhaftigkeit mit den bürgerlichen Parteien, die der Arbeiterschaft nur zum Nachteile gerate, an der Beteiligung der rechtssozialistischen Partei an den nationalen Kundgebungen, an der neuen Kriegstheorie. Ein Redner hatte einen Vortrag des Ministers Seine in Breslau gelesen und meinte dazu, Seine sei nicht wert, Sozialdemokrat zu heißen, es sei eine Schande gewesen, wie er den Bürgerlichen den Rücken gestülpt habe. Vergeblich bemüht sich die Parteibürokraten, diese Mißstimmung einzudämmen; sie besegneten dem heftigen Unwillen den größten Teil der Versammlung.

Den gleichen Eindruck der Desorientierung und des Zerfalls gewinnt man, wenn man die Anträge durchliest, die von den örtlichen Organisationen zu dem in der Pfingstwoche in Weimar stattfindenden Parteitag der Rechtssozialisten gestellt und kürzlich im "Vorwärts" veröffentlicht worden sind. Diese Anträge stellen zwar zwei einseitig Seiten des Wortes, aber es ist mehr eine Fülle der Worte als der Gedanken. Fast alle haben heftige Kritik an der bisherigen Politik, manche stellen Forderungen für die künftige Tätigkeit der Partei; jedoch wird diese Kritik nicht von großen und schöpferischen Gedanken bewegt, sie verliert sich in Einzelheiten, sie beklagt sich mit einer Reihe von Begleiterscheinungen, ohne zu wagen, den grundsätzlichen Standpunkt der Partei konsequent anzugreifen. Und das ist erklärlich. Es kann für jeden Arbeiter, der dem Sozialismus zum Erliege verfallen will, nur die eine Erkenntnis geben: daß die rechtssozialistische Partei dem Namen nach eine sozialistische Partei ist, daß sie in Wirklichkeit aber immer mehr zu einer kleinbürgerlich-radikalen Partei wird. Nur im Kampfe gegen die Bourgeoisie kann das Proletariat zur Verwirklichung des Sozialismus kommen; das von den Rechtssozialisten eingegangene Bündnis mit der Bourgeoisie muß aber dahin führen, die Befreiung des Lohnarbeiters vom Joch des Kapitalismus immer weiter hinauszuschieben. Jeder ehrliche Sozialist muß daher dieser Partei den Rücken kehren, nachdem er sich von der Unmöglichkeit überzeugt hat, sie wieder auf den Weg der konsequenten sozialistischen Politik zurückzuführen.

Am weitesten geht man noch in Aena, von wo ein Antrag vorliegt, die Haltung der Reichstagsfraktion während des Krieges zu bedauern, weil sie nicht im Interesse des deutschen Volkes wie insbesondere der Arbeiterklasse agieren habe. Es heißt in dem Antrag, daß im Anfang des Krieges die Wehrkraft der Parteigenossen nur bedungen mit der Bewilligung der Kriegskredite einverstanden gewesen sei, weil sie an den Verteidigungscharakter des Krieges anknüpfen hätten. Jetzt habe jedoch fest, daß die damals in Deutschland rekrutierten Kräfte nicht nur Mitläufer am Ausbruch des Krieges waren, sondern sogar versucht auf ihn hinzuwirken hätten, in der Absicht, ihre imperialistischen Pläne zu erreichen. Hier rufen die Leute aus Aena schon: die rechtssozialistische Politik seit dem Ausbruch im November

ist die natürliche Fortsetzung ihrer Politik während des Krieges. Sie hat verhindert, daß die Revolution bisher zu ihrer vollen Auswirkung gelangte, daß auf den militärischen und politischen Zusammenbruch der Renaissanc auf sozialistischer Grundmasse folgte. Die Rechtssozialisten befinden sich heute ebenso wie während des Krieges in schönster Harmonie mit der Bourgeoisie. Wer ihre Kriegspolitik verdammt, der muß auch zur Verurteilung ihrer jetzigen Politik kommen.

Da geht ein Antrag aus Göttingen schon weiter. Es wird durch ihn gefordert, daß ein Mittel gesucht werden solle, um den drohenden Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens zu verhindern. Die Formulierung dieses Antrages ist ziemlich unklar. An der Ausdrucksweise und an mancher Einzelforderung merkt man, daß der Verfasser im ökonomischen Denken noch unbewandert ist und seine Auffassungen etwa an den sozialistischen Vorschlägen Rudolf Goldscheids geknüpft hat. Aber man erkennt doch, daß er weiß, worauf es ankommt, um den Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens zu verhindern. Er verlangt die Steigerung der Produktivität durch eine großzügige Sozialisierung, wobei er bemerkt, daß die Arbeiterschaft nur dann zum Arbeiten zu bewegen sei, wenn sie sehe, daß mit dem Sozialismus Ernst gemacht wird. Die Sozialisierung des Wirtschaftslebens sei aber nur durch eine sozialistische Regierung durchzuführen und dazu sei die Einigung des Proletariats unbedingt notwendig. Dem Antrag ist ein Aktionsprogramm angehängt, in dem der Rücktritt der Rechtssozialisten aus der Reichsregierung gefordert wird, um die Bildung einer rein sozialistischen Regierung zu ermöglichen.

Der Wunsch nach einer Wiedervereinigung des Proletariats kommt noch in einer ganzen Anzahl Anträge aus den verschiedenen Teilen des Reiches zum Ausdruck. Einige verlangen, daß die kompromittierten Führer zurücktreten sollen und daß die Einigungsbestrebungen an Persönlichkeiten nicht weiter dürften. So gut gemeint diese Anträge sind, so werden sie bei der verknüpferten Parteibureaucratie auf den heftigsten Widerstand stoßen. Es ist anzunehmen, daß auch diese Bureaucraten in Weimar ebenso wie in Würzburg sich für die Einigung begeistern werden, aber solange sie unter Einigkeit des Proletariats nur das eine verstehen, daß die gesamte Arbeiterschaft die Politik der Scheidemann und Noske mitmachen soll, solange wird die Einigung noch gute Weile haben.

Bemerkenswert ist es, daß selbst bei den Rechtssozialisten die Erbitterung über die Neuheulung des Militarismus tiefe Wurzeln geschlagen hat. Einige Anträge glauben durch Umbildung der Freiwilligen-Regimenter, insbesondere durch Entfernung der „autokratischen“ Offiziere, dem Uebel steuern zu können, andere dagegen verlangen die sofortige Auflösung der Weissen Gardes und die Bildung einer wirklichen Volkswehr. Altona will Herrn Noske ersuchen lassen, sich auf die Pflichten eines Parteigenossen zu besinnen und jede Provokation der Arbeiterschaft zu unterlassen, Weimar verlangt vom Parteitag, daß er Herrn Noske zu seinem Rücktritt veranlassen solle, und Münster beantragt gar, den großen Mann aus der Partei auszuschließen.

Das sind einige Stichproben aus den dem rechtssozialistischen Parteitag vorliegenden Anträgen. Auch sie zeigen, daß die Krise der rechtssozialistischen Partei sich unter dem Druck der Arbeitermassen mehr und mehr verschärft. Während die Unabhängige Sozialdemokratie von Tag zu Tag das Vertrauen des Proletariats durch ihre grundsätzliche sozialistische Politik in steigendem Maße gewinnt, die innere und äußere Geschlossenheit zunimmt, ist in die Reihen der Rechtssozialisten Unglaube und Verdrossenheit eingezogen. Der Zerfall der Partei spiegelt sich in den Anträgen an den Parteitag wieder.

Werbefähigkeit der baltischen Barone in Deutschland.

In welcher Weise die baltischen Barone innerhalb Deutschlands Truppen für ihren Feldzug gegen die Volkswehr und Letzen werben, ergibt sich aus einem Zirkularschreiben, das uns im Original vorliegt. Es ist an die in Deutschland lebenden Baltien gerichtet und lautet folgendermaßen:

Baltischer Vertrauensrat. Berlin, den 25. März 1919.
Nr. Ausf. Nr. 101.

Die ritterschaftlichen Repräsentationen, der Deutsch-Baltische Nationalausschuß in Libau und der Berliner Vertrauensrat haben vor längerer Zeit einen Aufruf erlassen, wonach sämtliche wehrfähigen Deutsch-Baltien vom 18. bis 42. Jahre sich zur Landwehr melden sollen.

Von der Auffassung ausgehend, daß es Pflicht eines jeden Baltien ist, nicht beiseite zu stehen, während die andern im schmerzlichen Kampfe für die Wiedereroberung der Heimat ihr Blut vergießen, ist eine Werbekommission eingesetzt worden, welcher zur Aufgabe gestellt ist, alle wehrfähigen Baltien, die sich bisher zur Landwehr nicht gemeldet haben, zum sofortigen Eintritt in dieselbe letztmalig aufzufordern. Infolgedessen wendet sich die unterzeichnete Kommission an Sie mit der dringenden Aufforderung, sich bei der Baltischen Landwehr zu melden, resp. sich der Werbepflichtkommission in Berlin zur Prüfung Ihrer Wehrfähigkeit bis zum 5. April d. J. zu stellen.

Sollten Sie sich bis zu diesem Termin nicht gestellt haben, so nimmt die Kommission an, daß Sie nicht gesonnen sind, dem Aufruf Folge zu leisten und wird an gehöriger Stelle darüber berichten.

Die Werbepflichtkommission.
gez. Wanieffell.

Die ritterschaftliche Repräsentation ist eine reine Adelsorganisation, der Deutsch-Baltische Nationalausschuß in Libau ist den meisten der Deutsch-Baltien in Deutschland vollständig unbekannt. Diesen beiden Körperschaften haben sich also zusammen mit dem sogenannten Vertrauensrat als eine Art von baltischer Regierung oder Militärbehörde aufgetragen, die der Einfachheit halber ihren Sitz in Berlin nimmt.

Es wäre nun interessant zu wissen, wer die „gehörige Stelle“ ist, der die Namen jener Baltien mitgeteilt werden, die dem Stellungsbefehl keine Folge leisten. Sollte es sich hier vielleicht um eine Berliner Regierungskasse handeln?

Einstweilen hilft sich die Werbepflichtkommission des Baron Wanieffell mit der Veröffentlichung schwarzer Listen. In den in Berlin erscheinenden Baltischen

Blättern vom 17. Mai wird folgende Mitteilung der Landeswehrkommission in Libau veröffentlicht:

„Für die Landwehr nicht gestellt haben sich laut Mitteilung der Stettiner Werbepflichtkommission der Baltischen Vertrauensstelle in Stettin: (folgen elf Namen).“

Die vorgenannten Herren haben abwohl von der Werbepflicht zur Einnahme bis zu einem bestimmten Termin aufgefordert diesen Termin nicht eingehalten und auf die Aufforderung in keiner Weise reagiert.

Analoge Listen werden fortlaufend veröffentlicht werden. Die Landeswehrkommission in Libau ersucht Sie, der Bitte die größtmögliche Publizität zu geben und dazu die Presse in Anspruch zu nehmen.“

Die Frage ist wohl gestattet, von wem die Landeswehrkommission in Libau resp. die Stettiner Werbepflichtkommission die Adressen der Deutsch-Baltien erhalten hat.

Konfusion.

Die bürgerliche Presse und der „Vorwärts“ veröffentlichten Auszüge aus den „Leitfäden über den Frieden“, die von der kommunistischen Partei Deutschlands versendet werden. Diese zuvorkommende Verhandlung der „Leitfäden“ der kommunistischen Partei, die sonst von der bürgerlichen Presse in Acht und Bann getan wird, erklärt sich aus dem Inhalt der erwähnten „Leitfäden“. Denn sie laufen in ihrer objektiven Wirkung auf eine Unterstreichung des Standpunktes der Regierungsparteien in der Friedensfrage hinaus und sind geeignet, durch Verwirrung der proletarischen Reihen die zielbewusste Aktion der Unabhängigen Sozialdemokratie für den Frieden zu stören.

Eine kleine Probe aus diesen „Leitfäden“ zeigt, in welche Sachlage sich die Verfasser verstrickt haben. So heißt es unter Punkt III:

„Die Auslieferung der Kriegswaffen, die Besetzung der allgemeinen Wehrpflicht, die zwangsmäßige Werbung einer Söldnerarmee von Berufswehrläusen mit langjähriger Dienstzeit und die Reduktion auf 100 000 Mann, die Auslieferung der Waffen und Munition bis auf einen kümmerlichen Rest geritzmarnern die militärische Macht des deutschen Imperialismus, sie helfen aber zugleich das Proletariat neugierig in die Hände der eigenen und der fremden Bourgeoisie.“

Die Auslieferung der beschriebenen Waffen und Munition Deutschlands an die Kriegsgegner der Entente heißt die deutsche Arbeiterschaft von innen, aber nur, um damit von Chauvinismus der Klassen der Entente aus neue aufzuwecken.“

Die Konsequenz aus diesen Leitfäden kann offensichtlich nur die sein, daß die Kriegskarte und die Waffen nicht ausgeliefert und die Krone nicht auf 100 000 Mann herabgesetzt werden soll, da das Proletariat dadurch „wehrlos“ gemacht werden würde. Sie kann ferner auch nur die sein, daß Wilhelm II., Tirpitz, Ludendorff und Komforten nicht an die Kriegsgegner der Entente ausgeliefert werden, da dadurch der Chauvinismus in den Ententeländern „aufgeweckt“ werden könnte. Die alldeutschen Militaristen und die Koalitionstreuen können sich bei den Kommunisten bedanken.

In einem der letzten Leitfäden heißt es zusammenfassend:

„Die kommunistische Partei lehnt daher ab: die Annahme von Friedensbedingungen, die diktiert werden der Oberregierung oder irgendeiner nachfolgenden Koalitionsregierung, die nicht auf der proletarischen Diktatur beruht, wie ihre Ablehnung durch eine solche Regierung als gleich verhängnisvoll für das Proletariat.“

Die kommunistische Partei ist demnach wieder für Annahme noch für Ablehnung der Friedensbedingungen. Sie hat überhaupt keinen Standpunkt in dieser Frage, außer dem der Räterepublik und der Weltrevolution, der für die Verantwortung der konkreten Frage der Stellung zum Friedensproblem wohl kaum ausreichend erscheint. Es nimmt sich daher recht heiter aus, wenn in dem folgenden Leitfaden die Haltung der Unabhängigen Sozialdemokratie in der Friedensfrage als „diktiert von der absoluten Gift- und Rastlosigkeit, von der Volkswehr und Freiheit, die dieser Partei von Anbeginn an anhängen“, dargestellt wird.

Von einem einzigen Standpunkt würde die Stellungnahme der kommunistischen Partei allerdings berechtigt erscheinen, und zwar von dem Standpunkte der Herbeiführung eines allgemeinen Chaos, aus dem dann, wie der Phönix aus der Asche, die Weltrevolution herrlich hervorgehen würde. Wir Marxisten lehnen jedoch die hysteroide Katastrophopolitik ebenso wie die alldeutsch-militaristische ab.

Die Beratungen in Spa.

T. U. Versailles, 26. Mai.

Die Zusammenkunft vom Freitag in Spa hatte doppelte Bedeutung. Es handelte sich um eine Beratung zwischen den Delegierten in der Regierung, bei der die ersteren ihre endgültige Instruktion empfangen, und zweitens, um einen Kabinettsrat innerhalb der Regierung zu bilden, der angesichts der bevorstehenden Entscheidung im besonderen Grade der Inneren Geschlossenheit bedarf. In den Verhandlungen des gestrigen Tages ist die Uebereinstimmung zwischen den Ansichten von Versailles und Berlin, die in letzter Zeit in manchen Punkten auseinander gegangen waren, wieder hergestellt worden.

Es wird nunmehr, ohne viel Zeit auf neue Teilnoten an Herrn Clemenceau zu verwenden, mit aller Energie an der zusammenfassenden Denkschrift gearbeitet, der ein Entwurf als Ergebnis der Besprechungen in den letzten drei Wochen von Berlin hergeleitet worden ist, deren Schlußredaktion aber in Versailles vorgenommen wird. Mit der Ueberreichung ist für den 29. Mai zu rechnen. Die deutsche Denkschrift dürfte bis an die Grenzen des von Deutschland nur irgendwie zu leistenden gehen, und man wird auch vor einer schweren finanziellen Belastung unserer Zukunft bis auf diese Jahresende nicht zurückweichen, um den Frieden zu ermöglichen.

Eine Konzession in der Saarfrage.

Versailles, 26. Mai.

Wie „Journal“ wissen will, hat der Viceroy die Forderung fallen lassen, daß Deutschland den Rücklauf des Saarbeckens in Gold bezahle, falls das nach 15 Jahren stattfindende Plebiszit zugunsten Deutschlands ausfallen sollte. Die

neue Fassung steht vor, daß Deutschland sein Plebiszit erst durch Abstimmungen in Metz, Mosel, sondern auch durch andere Wärgschaften gelöst werden kann. Der Viceroy macht diese Konzession besonders im Hinblick auf den Umstand, daß das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung des Saarbeckens nicht worden wäre, falls sie sich im Plebiszit für Deutschland entschieden haben würde, aber Deutschland den Rücklauf in Gold nicht hätte vornehmen können und das Saarcken in diesem Falle nach 15 Monaten ohne weiteres Frankreich zugesallen wäre, was sich in der ursprünglichen Fassung festgesetzt war.

Das italienische Proletariat für die Revolution.

(Eigene Drahtnachricht der „Freiheit“)

Budapest, 25. Mai.

Der Budapest Central-Arbeiter- und Soldatenrat hielt heute nachmittags eine Sitzung ab, an der auch ausländische Genossen teilnahmen, die im Namen des Proletariats ihrer Länder das ungarische Proletariat begrüßten. Als erster sprach im Namen der italienischen sozialistischen Partei Oddino Morgari, der seiner Bewunderung über die Ergebnisse der ungarischen Revolution Ausdruck gab. Dieses Ergebnis werde für das Proletariat aller Länder ein mächtiger Ansporn sein. Er bedauerte, daß die italienische Partei keine Teilnahme hatte, mit ähnlichen revolutionären Taten für die Internationale zu wirken, er hoffte sich aber darauf berufen, daß außer dem russischen Proletariat das italienische es war, das während des ganzen Krieges nicht an der Seite der imperialistischen Kriegsheber gestanden hat. Auch in den siegreichen Ländern werde das Proletariat einsehen, daß es einen zu hohen Preis für den Sieg zahlte. Die italienische Partei schied sich an, um Tat zu leisten. Sie verlangt die Diktatur des Proletariats, die Nationalisierung der Bergwerke, der Fabriken des Bodens und der Häuser. Die Revolution könne nicht unterbleiben. Man müsse aber nur Zeit gewinnen. Der Redner hat das ungarische Proletariat, es möge kühn und zugleich klug sein. Es möge dem Beispiel Lenins folgen, der vorübergehend auch den erniedrigenden Frieden annahm, um Zeit zu gewinnen. Im Namen der italienischen sozialistischen Partei begrüßte er das ungarische Proletariat, dem die revolutionäre Arbeiterklasse Italiens sobald als möglich zu Hilfe eilen werde.

Der weiße Terror in Ungarn.

Budapest, 24. Mai.

Der Pesther Klub meldet, unter dem Schutze der Ententetruppen wüthete in Szeged in seit Wochen der weiße Terror. Militärtribunale seien eingesetzt, die mit beispielloser Grausamkeit gegen die Anhänger der sozialistischen Ideen vorgingen; so sei ein Mitglied des Szegediner Direktoriums zum Tode durch Erschießen, ein Arbeiterführer zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt worden. Dies alles geschehe unter der Regide des Kommandanten der französischen Besatzungstruppen. Das Blatt ist überzeugt, daß die französische sozialistische Partei hiervon keine Kenntnis habe.

Ein Protest der russischen Sowjetregierung.

Die Moskauer Sowjetregierung verbreitet durch ein Radio-Telegramm vom 24. d. M. eine offizielle Erklärung, die an die deutsche Regierung gerichtet ist. In diesem Telegramm wird festgestellt, daß die russische Sowjetregierung am 15. Februar d. J. der deutschen Regierung mit aller Entschiedenheit erklärt habe, daß sie Deutschland gegenüber keine aggressiven Absichten habe. Die Auslegungen, die die Resolution des allrussischen Zentralerekutivkomitees vom 8. Oktober 1918 und der dieser Resolution vorausgegangenen Brief Lenins bei den deutschen amtlichen Stellen in dem Sinne erfassen hatte, als ob die Sowjetregierung einen Angriff gegen Deutschland vorbereite, entbehre jeder Begründung. Trotzdem wiederholten die Organe der herrschenden Parteien in Deutschland hartnäckig diese Behauptungen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erlaubte die Nachricht zu verbreiten, daß Lenin und das allrussische Zentralerekutivkomitee eine Erklärung veröffentlichte, aus der die Absicht hervorgehe, Deutschland anzugreifen. Die Sowjetregierung verwahre sich entschieden gegen eine derartige Verdrehung der Wahrheit.

Zum Schluß erklärt die Sowjetregierung nochmals kategorisch, daß sie keine Angriffsabsichten gegen Deutschland habe. Sie protestiert gegen böswillige gegenwärtige Auslegungen und denkt nur daran, sich gegen auswärtige Angriffe zu verteidigen, um die Freiheit der arbeitenden Massen und die revolutionären Errungenschaften zu schützen. Die Sowjetregierung hoffe in nicht zu ferner Zeit die enge Freundschaft des russischen und deutschen Proletariats herzustellen.

Oesterreich und der Friede.

T. U. Paris, 25. Mai.

Der Rat der Vier hat bezüglich der Frage von Bismarck keine Entscheidung fassen können, da er durch die Festhaltung der letzten Bedingungen für Deutsch-Oesterreich noch aufgehalten wurde. Er beschäftigt sich gegenwärtig mit der Verteilung der österreichischen Schuldenlasten zwischen den Ländern der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie und mit der Feststellung der Zahl der von Oesterreich zu haltenden Truppen. Die österreichischen Vertreter werden am Mittwoch zusammenberufen werden und acht Tage zur Beantwortung der Bedingungen Zeit haben.

Wien, 24. Mai. (Korr. Bureau.)

Die von Vertretern Deutsch-Oesterreichs unter Führung des Staatssekretärs Herbl in Warschau mit der polnischen Regierung gepflogenen Verhandlungen führten einer Kollektrationsentscheidung zufolge am 21. Mai zum Abschluß eines Kompensationsvertrages, welcher von beiden Regierungen genehmigt und daher in Wirksamkeit getreten ist. Das Bismarck-Ausgleichsabkommen räumt in beiden Staaten dem freien Handel weitestgehende Recht zur Verfügung. Außerdem wurde, soweit es der eigene Bedarf zuläßt, in entgegenkommender Weise die Verteidigung der gegenseitigen Wünsche erreicht. Oesterreich gestattet u. a. die Ausfuhr von fertigen Maschinen, Danfabrikaten, Werkzeugen, Papierwaren, eisernen Geschützen, Lokomotiven, elektrischen Artfeln, chemischen Produkten und Lederwaren im Werte von etwa 200 Millionen Kronen. Polen liefert an Deutsch-Oesterreich monatlich 50 000 Tonnen Kohle, weiter Petroleum, Weizen, Goshl, Paraffin, Leuzen und Schmieröl, endlich verschiedene Lebensmittel. Die polnische Regierung wird für den Fall einer zufriedensprechenden Bismarck-Deutsch-Oesterreich auch Zucker zur Verfügung stellen.

Vom Wahlkampf der Kulturträger.

In der Berliner Universität tobt zur Zeit der Wahlkampf, da zu Beginn des Semesters Neuwahlen zum Studentenparlament vorgenommen werden müssen. Plakate und Flugblätter, Versammlungen mit Vorträgen, kurz ein Wahlkampf, wie ihn die schwindende alma mater zur Zeit der „demokratischen Freiheit“ nicht kannte. Natürlich wird die Sozialistische Studentenpartei von allen Seiten angegriffen und im Stille des Reichsverbandes gegen sie gerührt, wobei sich die abgeschwemmten Nationalisten, die „deutsche Gruppe“, besonders hervortun. Bezeichnend ist doch ihr in ihrem Flugblatt die sozialistischen Parteien als Feinde der geistigen Arbeiter. Um so notwendiger ist die Klärung der Sozialistischen Studentenpartei, wie sie in ihrer Wahlversammlung Dr. K. S. Now gab, und wie es in dem anschließenden Vortrag des Genossen J. J. über „Die Aufgaben einer Hochschülervereinsleitung“ zum Ausdruck kam.

Diese anscheinend internen Vorgänge an der Universität haben für die Arbeiterschaft großes Interesse. Sie betrafen den „Geist“, der in dieser Werkstatt herrscht, aus der die Arbeiterbewegung für seine Fortschritt bezieht. Die durchgreifende Hochschulreform ist nicht nur eine allgemeine Aufgabe der geistigen Arbeiter, sondern sie erfordert die Aufmerksamkeit des sozialistischen Proletariats, das die Regierung drängen muß, endlich an die selbstverständliche Aufgabe einer sozialistischen Kulturpolitik mit Energie heranzutreten. Die Hochschulen müssen endlich auf ihren Kulturverpflichtungen der Gegenwart zu sein, sie müssen sich von den Vorurteilen eines bürgerlichen Nationalismus, in Pflegestätten echter Wissenschaft und Mittelpunkt der Erziehung zur sozialistischen Kultur.

Neuordnung des Kommunalwahlrechts.

Die Ausführung gewisser Wahlen, die bei der durch Reichsgesetz erfolgten Neuordnung des preussischen Kommunalwahlrechts offen gelassen sind, soll alsbald erfolgen. Zunächst hat die preussische Landesregierung beschlossen, der Landesversammlung vorgeschlagen, die Wählbarkeit von Frauen zu Magistratsämtern einzuführen und Stadterwerbsbewohnern in den bisher davon ausgenommenen Gebieten zu ermöglichen, soweit die politischen Verhältnisse dies gestatten.

Erster Industriebeamtenstag

des Bundes der technisch-industriellen Beamten.

In den Kammerkellen, Keltower Straße, wurde gestern der erste öffentliche Industriebeamtenstag des Bundes der technisch-industriellen Beamten eröffnet. Vom Verband begrüßte Frau im Namen des Bundes die Anwesenden und gab die der Jahreskonferenz, die der Krieg erfordert hat. Über 1000 Kollegen sind erschienen. Zu ihrem Andenken erhebt sich die Versammlung von ihrem Platz.

Darauf wird zur Festlegung der Geschäfts- und Tagesordnung geschritten, worüber sich eine längere Debatte entspannt. In das geschäftsführende Bureau werden die Kollegen Klein (Berlin), Schmitz (Reinickendorf), Jähle (Stuttgart), Stamm (Erlangen), Erbe (Münster), Müller (Leipzig), Orner (Dresden), Salfner (Wetzlar) und als Sekretär Schwed (Berlin) gewählt. Zum Verhandlungsleiter wird Herr Stamm (Erlangen) bestimmt. Reichelt vom Deutschen Arbeiterverband richtet einige Begrüßungsworte an die Versammlung. Die Generalkommission der Gewerkschaften entschuldigt die Fernabwesenheit mit Überarbeitung. Zur Festlegung der Tagesordnung wird nach kurzer Debatte beschlossen, einen Punkt zu einzuführen über Beratung verschiedener Anträge, ebenso einen Punkt in über Arbeitsgemeinschaft und Arbeitsvertrag und die Betriebsräte.

Am 2. Punkt der Tagesordnung: Geschäftsbericht von 1914/15 spricht als Verhandlungsleiter der Vorstandsmittler Sandrock. Er knüpft gleich an die Frage des Hilfsdienstgesetzes an und meint, daß man unter Berücksichtigung der Kriegsverhältnisse die Stellung des Vorstandes billigen müsse. Es ist von der Beratung während des Krieges abgesehen worden, um Überwindung der Mitarbeit mit dem Verband herbeizuführen. Zur Bewältigung der Arbeit wurde eine 12-köpfige ehrenamtliche Geschäftskommision bestellt. Man möchte dem Vorstand gewisse Vorschläge über die Verschmelzung mit dem Bund technischer Arbeiter stellen. Nachdem sich vor drei Jahren der Bund technischer Arbeiter abgesplittert hätte, sah man sich im Frühjahr 1918 veranlaßt, die Verschmelzung vorzunehmen um die Kräfte gegenüber den Schmarren nicht zu zerstreuen. Gegenüber der Opposition betonte er, daß jetzt wie früher die gewerkschaftliche Disziplin hochgehalten werden müsse und die Mitglieder sich unbedingt der Weisheit unterwerfen hat. Seit der Revolution hat der Bund einen Mitgliederzuwachs von über 18 000 Kollegen zu verzeichnen. Während die technischen Arbeiterbeamten sind durch die Revolution von den Resten der Kohlenmagazine befreit worden. Die Arbeitsgemeinschaft der freien Angestelltenverbände zählt 400 000 Mitglieder. Die hat die Frage des Mitgliedschaftsrechts, sowie der Gehalts- und Anwesenheitsverhältnisse seit der Revolution auf gewerkschaftlicher Grundlage durchgeführt. Zu dem Ergebnis hat wesentlich die Fühlungnahme mit der Arbeiterschaft beigetragen. Er mahnt zum Schluß, nachdem er die harten Arbeitsbedingungen geklärt habe, als zusammenzuschließen zur Schaffung einer großen, einheitlichen Technikerorganisation. (Beifall.)

Nach der Mittagspause wird eine Kommission gewählt, welche die Angelegenheiten in der Verhandlungsfrage klären soll. Danach erhält H. R. Schmidt (Berlin) als Vertreter der Opposition unbeschränkte Redezeit. Er erläutert die Entstehung der Opposition, die durch die verschiedenen Konflikte hervorgerufen wurde. Das Hauptbedenken der Opposition war, der Mitgliedschaft einen größeren Einfluß auf die Geschicke des Bundes zu sichern. Sonderbedenken lag uns fern, wie hätten sonst am 6. November reichlich Spiel gehabt. Der unüberbrückbare Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ist vom Verband nicht voll und ganz zur Grundlage eines Handels genommen worden. Man hätte keinen Frieden mit der Regierung gemacht und die Befreiung des Kapitalismus aufgegeben. Das zeigte sich besonders in der Frage des Hilfsdienstgesetzes. (Beifall.)

Als nächster Redner nimmt Kuffhäuser (Berlin) das Wort. Er stellt Schmidt gegenüber fest, daß der Bund die einzige Gewerkschaft war, die sich mit allem Nachdruck gegen das Hilfsdienstgesetz gewehrt hat. Wir verlangen die Verschmelzung der Metallindustrie, ohne die Anwesenheit der Arbeiter und Angestellten. Wir haben wesentlich zur Verbesserung des Gesetzes beigetragen. Man muß sich vor Augen setzen, in welcher schwieriger Lage der Verband war. Wir sind nicht durch die und dünn mit der Generalkommission gegangen. Unser Bund und die Arbeiterschaft haben als die einzigen die Bundesratskommission und den Volksbund für Vaterland und Freiheit nicht mitgemacht, ebenso haben wir uns bei den Ausschüssen der Reichsregierung über unsere Grundfragen und bei dem Rumor über Mittelverzug durchaus absetzend verhalten. Wir haben eine eigene Organisation während des Krieges des Streikrechts der Arbeiter und Beamten der öffentlichen Betriebe hochgehalten.

Der beste Beweis dafür, daß wir die Kriegspolitik der Gewerkschaften nicht mitgemacht haben, ist der Inhalt der „Industrie-Beamten-Zeitung“ in den vier Kriegsjahren. Wenn man alles in Erwägung zieht, wird man anerkennen müssen, daß der Vorstand seinen geraden Weg trotz aller Schwierigkeiten gegangen ist. (Beifall.)

Die Generaldebatte wird hierauf geschlossen und in die Spezialdebatte über die Verschmelzung mit dem Bund technischer Angestellter eingetreten.

Bewerkschaftliches.

Achtung, Maler! In der Sonntagsnummer der „Arbeit“, ist versehenlich eine Versammlungsanzeige unter die Rubrik „Verband der Maler usw.“ geraten. Der Verband der Maler hat mit der dort angefügten öffentlichen Versammlung aber nichts zu tun.

Reichskonferenz in Erfurt. Die zur Reichskonferenz nach Erfurt von den Sp. Gewerkschaften gewählten Delegierten haben sich alle Montag, den 26. Mai, nachmittags 2 Uhr, im Bureau der Fürsorge, Brückenstr. 6a, II. Etage, an der Jannowbrücke, eingefunden.

Deutscher Transportarbeiterverband, Chem., Pharmazeutische und Verbandsverbände. Montag, abends 7 Uhr, im Königshof-Kasino, Holzmarktstr. 72. Die Tagesordnung: Branchenversammlung. Mitgliederbuch bzw. Karte legitimiert.

Zentralverband der Handlungsgehilfen, Industrie-Section. Dienstag abend 7 Uhr in den Kuppelkeller, Kaiser-Wilhelm-Platz 11: Versammlung aller Mitglieder der Industriebetriebe Groß-Berlins. Sehr wichtige Tagesordnung.

Ein Theaterandal.

Die Aufführung zweier Dramen des Maler-Dichters Oskar Kozajka im Deutschen Theater, am geistigen Sonntag mittig von der Gesellschaft „Das junge Deutschland“ beschlossen, führte zu einem Theaterandal, wie ihn das am meisten Roboter und Kollage des premiären Publikums gewöhnliche Berlin kaum je erlebt hat. Während das erste Drama „Brennender Dornbusch“ noch mit verhaltenem Ungeduld angelehrt wurde, so die entfesselte Wut während und nach dem zweiten Drama „Die“ sich in unflätiger Weise gegen den Dichter und die Darsteller aus, die nur mit Mühe zu Ende spielen konnten. Nach einer halben Stunde nach der von Kozajka selbst geleiteten und künstlerisch durchgeführten Vorstellung tobten die Juristen der feindlichen Parteien im verbundenen Zustauerraum gegeneinander, dazwischen Gebrüll, Schimpfepistolent, Triller-Pfeifen und andere Lärminstrumente. Auf die Rufe vom Parkett und den Rängen „Insinn“, „Insinn“, „Insinn“, „Wo bleibt die Bedienung!“ antworteten unter endlosem Beifall begeisterte Hochrufe auf Kozajka, der sich mit den Darstellern mehrmals zeigen konnte. Immer wieder drohte es, zu Handgemengen zu kommen, bis das Theater, nachdem der eiserne Vorhang längst gefallen war, sich allmählich leerte und das „Dau ihn“ sich auf die Straße verflüchtete, als man den Dichter am Bühnenausgang erwiderte. Mit so bester Beharrlichkeit verdingte ein sich gewöhnlich „literarisch“ diskutierendes Publikum sich gegen Geist und Witz und künstlerischen Wagemut.

So viel über die alte Art des sich auch im Theater stetig gleichbleibenden Spießbürgers. Ueber die neue Art des Dichters, der Dichtung und der Darstellung wird in der heutigen Abendnummer ein Wort der Würdigung und der Klärung versucht werden. E. A.

Groß-Berlin.

Übermal eine Versammlung verboten.

Sonntag vormittag wollte Herr von Beerfelde in der „Wahlharmonie“ einen Vortrag „Um Deutschlands Schicksal“ halten. Den Besuchern wurde jedoch der Eintritt in das Versammlungslokal durch Postkardisten verweigert, da die Versammlung nicht genehmigt worden war. Unter Hochrufen auf die Internationale und auf Herrn von Beerfelde entfernte sich die Menge, die trotz dieser erneuten Provokation sich verhältnismäßig ruhig verhielt, in der Richtung auf den Potsdamer Platz. Ein junger Offizier schoß von einem der bekannten Lastautos seinen Revolver in die Luft ab, was natürlich nicht dazu beitrug, die Menge zu beruhigen. Auch am Potsdamer Platz machte ein Offizier Miene, seinen Revolver zu ziehen, beschränkte sich aber dann darauf, dem Publikum Grimassen zu schneiden.

Wir fragen wieder, warum können bürgerliche Versammlungen ohne Bewilligung der Polizei und Soldaten tagen, während man mißliebigen Parteien und Personen das Reden verbietet? Das Berlin-Vollzeitschreiben, das am Donnerstag abend den Versuch zur Aufhebung der Versammlung in Schöneberg gegeben haben soll, will sich jetzt reinwaschen, indem es erklärt, diese Versammlung sei nur aufgelöst worden, weil sie nicht angemeldet worden war. Das trifft aber unseres Wissens nicht zu. Wie uns mitgeteilt worden ist, war die Versammlung als „öffentliche Versammlung“ angemeldet, wurde aber als solche nicht genehmigt, sondern es sollte nur eine Mitgliederversammlung stattfinden dürfen. Als der Einberufer die Nichtmitglieder in der Versammlung darauf aufmerksam machen und sie zum Verlassen des Saales auffordern wollte, erklärte der zur Auflösung gesandte Offizier, daß er auch eine Mitgliederversammlung nicht zulassen würde. Ueber diese Selbstherrlichkeit, die sich unter den Militärs wieder breit macht, ist selbst der „Vorwärts“ jetzt schon entsetzt. In einer Betrachtung der Vorgänge am Sonntagabend unter den Linden, wo sinnlose Knallereien und Auseinandersetzungen gegen Kriegsbeschädigte ausgeübt wurden, schreibt er:

„Wir haben in Berlin ein Reichswehrministerium, einen Gouverneur, diverse Generalkommandos und dergl. mehr — aber es scheint (?) im Militäreine alle Anarchie zu herrschen. Das Herablassen des Belagerungsstandes scheint die Soldaten zu dem Glauben zu verhelfen, sie müßten jeder Anmaßung von Menschen etwas vorhalten, auch wenn kein öffentliches Recht irgendwie bedroht wird. Kann haben die Schöneberger Straße — der Roden in der Dominikusversammlung ist zwar nicht so arg wie die Bismarckstr., heißt aber geistig auf der gleichen Höhe — Empörung hervorgerufen, und wiederum ähnliche Delinzen zu betreiben.“

O du abnungslöser Engel! Jetzt steht dem „Vorwärts“ ein Akt auf, daß es der Belagerungsstand ist, der den gegebenen Boden für die Ausbreitungen der Soldateska bildet. Aber der leitende Redakteur des „Vorwärts“, Herr Stampfer, will trotzdem nicht, daß der Belagerungsstand wieder aufgehoben wird. Mag die Bevölkerung auch immer

wieder auf fließende errant werden, mag die Versammlung und Pressefreiheit auch täglich schwer verletzt werden, die führenden Rechtssozialisten sind mit der Aufrechterhaltung der Grundursache dieser Uebelstände einverstanden. Sie uns gilt aber immer noch die Parole: Sofortige Aufhebung des Belagerungsstandes! Vollständige Wiederherstellung der Versammlungs- und Pressefreiheit!

Arbeiterräte der U. S. P. D.

Am Dienstag, den 27. d. M., nachmittags 4 Uhr, findet in der Poststraße, Chausseestr. 36, eine Sitzung der Fraktion statt. Auf der Tagesordnung stehen außerordentlich wichtige Fragen. Das Erscheinen sämtlicher Arbeiterräte ist unbedingt erforderlich.

Montag, den 26. Mai, 4 Uhr nachmittags, findet in den Seiten 23, Zimmer 22, eine Sitzung des Fraktionsvorstandes der U. S. P. D. Arbeiterräte statt. Persönliches Erscheinen erwartet. Der Fraktionsvorstand, J. W. O. Koch.

Der Rednerkursus der U. S. P. D. Arbeiterräte findet am Montag, den 26. Mai, 7 Uhr abends, in den Seiten 23, statt.

Lebensmittelschleudungen und kein Ende.

Aus den Beständen der Heeresverwaltung werden jetzt eine Menge Lebensmittel für die Zivilbevölkerung abgegeben. Das muß begrüßt werden, aber wo bleiben nun diese Lebensmittel im „freien Handel“ sind die meisten rationierten Lebensmittel erhältlich, zu Marktpreisen natürlich, wo kommen diese aber nun her?

Die Abteilung für Kriegsgefangenenernährung des Kriegsministeriums hatte große Bestände an Lebensmitteln, die nun freigegeben wurden. Diese kamen aber nicht alle in die Hände einer Behörde, die rationierte Lebensmittel verteilt, sondern an Privatunternehmer, die marktscheue Ware daraus herstellen.

In den Räumen einer Militärbetriebsstelle in Berlin-Orly, Tempelhofer Weg, wurde eine Militärbetriebsstelle von der Firma Haupt u. Haase, Fleischkonzerne, eingerichtet. Dieser Betrieb ging vor ca. drei Wochen in die Hände der Firma Haupt u. Haase als Privatbetrieb über. Die „Rückstände“ an Lebensmitteln kaufte angeblich die Firma Otto Haase, Unter den Linden, und übergab der Firma Haupt u. Haase die Herstellung der Konserven. Herr Haupt steht mit dem Kriegsministerium in guter Verbindung. Vor dem Kriege Angestellter einer Fleischwarenfabrik, avancierte er während des Krieges bis zum Intendantenbeamten des Kriegsministeriums und wurde als solcher Leiter der Wurstfabrik für Kriegsgefangenenernährung auf dem Berliner Schloßhof. Die Sammlung von Erfahrungen, Verbindungen löhender Orts usw. ermöglichten es ihm, nach Schließung dieses Betriebes die dortigen Bestände aufzukaufen und mit Haase zusammen eine Millionenfirma zu gründen.

Einem Arbeiter-Rat war nun mitgeteilt worden, daß diese Firma zwei Waggons mit etwa 800 Zentner erstklassiger Wurst unter der Firma „Militärbetriebsstelle“ erhalten hätte. Die Waggons waren laut Ladeprotokoll am 18. Mai d. J. beladen, also als die Firma schon den Betrieb in eigene Regie übernommen hatte. In einem Waggon sollten sich auch sechs Sack Zucker befinden, es kamen aber nur zwei Sack an, die übrigen vier Sack hatte man angeblich unterwegs gestohlen.

Da sich unter den Beständen der Militärbetriebsstelle auch eine Unmenge anderer rationierter Lebensmittel befinden sollten, wurde unter Hilfe des kommunalen Arbeiter-Rats eine Beschäftigung der Fabrik vorgenommen. Außer dem Zucker und der Würstchen fand man dann auch eine Menge gesalzenes Pferdefleisch, Nutzwurstkonserven und Leber, von braunen Wäscen, welche schon vor zwei Jahren an der Front den Soldaten erlitten und in diese Käfer verpackt wurden. Ueber die Qualität dieser Ware, die kaum tierärztlich untersucht sein wird, kann sich jeder selbst ein Bild machen. Nicht besser sind die Schwämme diverser Tiere, die aus Gerdereien geliefert, also wohl schon im Stall gelegen haben. Dieses Zeug wird nun nach mit Dörrgemüse und Gemüsemehl vermischt und ergibt unter Beigabe von Rinderkram und Grähe eine Nahrungsmittel, welche den oberflächlichen Industriearbeitern als Nahrung dienen sollte. Angehlich sollte auch der Zucker in diesen Konserven Verwendung finden; es kann den Fachleuten überlassen bleiben, die Glaubwürdigkeit dieser Angabe zu beurteilen.

Abgesehen von diesem Material, mit dem man wohl Schweine aber keine Menschen ernährt, befinden sich unter den „Beständen“ große Mengen reines Pferde- und Rinderfleisch, welches zur Aufbewahrung in die Kühlhallen in der Trebbiner Straße gebracht wurde. Es befinden sich ca. 24 Tausend reines Rinderfleisch, aus Hindermarktschinken ausgelöst, darunter beagl. eine große Zahl Hindermarktschinken.

Der Arbeiter-Rat hat sämtliche Lebensmittel vorläufig mit Besatzung belegen lassen; aus den Büchern der Firma wird es sich feststellen lassen, wohin diese Ware gehen sollte.

Es muß unbedingt im Interesse der Allgemeinheit verlangt werden, daß die Militärbehörden ihre Bestände an die zuständigen Zivilbehörden abgeben und nicht an Unternehmer, wodurch ein großer Teil hindertum verschoben werden kann. Die Kontrolle über alle Betriebe, welche Nahrungsmittel herstellen, kann eben nicht scharf genug sein, das sieht man hier wieder mal am besten. Die Kommunalisierung der Lebensmittelindustrie bietet die einzige Garantie dafür, betriebl. Mißstände aus der Welt zu schaffen.

Ein Veteran, heute, am 26. Mai, feiert unser Genosse Adolf Dietrich seinen 70. Geburtstag. Ueber ein Menschenalter ist Genosse Dietrich im 6. Kreise organisiert. Er ist nicht einer, der sich rednerisch hervorhebt, aber desto eifriger wirkt er für die Meinarbeit. Als unsere Bezirksführer fast rechtlos zum Kriege eingezogen waren, war es Genosse Dietrich, der trotz seines hohen Alters einsprang und die Bezirke zusammenhielt. In früheren Jahren mußte jeder Genosse, der gemustert wurde, daß er sich bei Dietrich melden konnte, um vor den Verfolgungen des Industriellenverbandes beschützt zu werden. Die Genossen der 16. Abteilung des 6. Kreises und die organisierten Metallarbeiter Berlins gedenken am heutigen Tage der Verdienste des modernen Kameraden; sie und auch wir wünschen ihm noch einen langen und ungehinderten Lebensabend.

Zur Bund der Kriegsbeschädigten, Ortsgruppe Charlottenburg, Mittwoch, abends 7 Uhr, Ortsgruppen-Versammlung, Kollnische Str. 8, Berichte über die Konferenz. Eintritt nur gegen Mitgliedskarte. Aufnahme neuer Mitglieder.

Erhöhung der Besoldung und Einführung des Mitgliedschaftsrechts für die Ehrenmitglieder in Charlottenburg. Der Magistrat Charlottenburg beschäftigt, die Vereinbarungen des Groß-Berliner Schiedsprüchs auf seine Disziplinäre zu übertragen. Die Disziplinäre sollen vom 1. Mai 1919 ab eine Aufbesserung von 50—100 M. monatlich gegenüber der jetzigen, in diesem Jahre bereits erhöhten Besoldung erhalten. Höhere bisherige Bezüge

